

## "EU-Verfassung: Nationalrat: Gegen "Kleingeistigkeit"" in Die Presse (11. Mai 2005)

**Quelle:** Die Presse. 11.05.2005. Wien.

**Urheberrecht:** (c) Die Presse

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"eu\\_verfassung\\_nationalrat\\_gegen\\_"kleingeistigkeit""\\_in\\_die\\_presse\\_11\\_mai\\_2005-de-c8853ae6-6eae-4092-a567-0233529a9998.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## EU-Verfassung: Nationalrat: Gegen "Kleingeistigkeit"

### Debatte im Nationalrat zur Ratifizierung der EU-Verfassung.

Ein klares Bekenntnis aller Fraktionen zur Europäischen Union - aber ohne Euphorie: So verlief am Mittwoch die Nationalrats-Debatte über die EU-Verfassung. Herausgestrichen wurde vor allem das "Friedensprojekt" Europa und die Stärkung der europäischen Demokratie durch die Verfassung. Die Ratifizierung wird nahezu einstimmig erfolgen. Einzig die FP-Abgeordnete Barbara Rosenkranz dürfte gegen den Verfassungsvertrag stimmen.

ÖVP-Klubchef Wilhelm Molterer kritisierte in der Parlamentsdebatte die "Kleingeistigkeit", mit der das Thema Europa diskutiert werde. Die EU sei die Antwort auf den Zweiten Weltkrieg und auf die Teilung Europas im Kalten Krieg gewesen und biete nun eine Antwort auf die Ängste der Menschen in der Globalisierung. "Österreich und Europa braucht diese Perspektive der Einigung. Wir brauchen ein starkes Europa", so Molterer. Und: "Ein starkes Europa braucht eine Verfassung."

Für SP-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer ist die EU-Verfassung zwar nicht perfekt, aber eine "Chance". "Diese europäische Verfassung ist allemal besser als das bisherige Vertragseuropa und deshalb sollten wir ihr gemeinsam zustimmen." Dass es keine europaweite Volksabstimmung über die Verfassung gegeben hat, sieht Gusenbauer als "schweren Fehler". Eine nationale Volksabstimmung lehnte er aber neuerlich ab.

Zur Bekämpfung der Europa-Skepsis plädiert Gusenbauer für die Schaffung einer europäischen Regierung: Man müsse auch auf EU-Ebene einen Mechanismus schaffen, "wo die Menschen ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der jeweiligen Politik zum Ausdruck bringen können".

Herbert Scheibner, Obmann des orange-blauen Parlamentsklubs, will den "Sicherheitsaspekt" der EU stärker in den Mittelpunkt stellen. Das "Großartige" an der EU sei, "dass Kriege zwischen Mitgliedern der Europäischen Union unmöglich geworden sind". Eine europäische Regierung lehnt Scheibner ab: Er wolle keinen europäischen Bundesstaat, "wo alles in Brüssel entschieden wird", sondern einen europäischen Staatenbund.

An den Defiziten der EU-Verfassung werde man noch arbeiten müssen, aber keine Verfassung zu beschließen wäre "das Schlechteste" gewesen, meinte Scheibner. Einmal mehr pochte der Klubchef auf ein europaweites Referendum zur EU-Verfassung. Der Forderung seines Parteichefs Jörg Haider nach einer nationalen Volksabstimmung schloss sich Scheibner nicht an: "Wenn man heute darüber diskutiert, dann kommt das zu spät."

Für Grünen-Parteichef Alexander Van der Bellen ist bei einer Abwägung der Vor- und Nachteile "ein klares Ja" zur EU-Verfassung angebracht. Die europäische Demokratie werde gefestigt und das EU-Parlament gestärkt. Außerdem wäre die Alternative nicht "irgendeine Idealverfassung" gewesen, sondern der viel kritisierte Vertrag von Nizza, betonte Van der Bellen. Eine "neoliberale Schlagseite" könne er an der EU-Verfassung nicht erkennen, betonte der Grünen-Chef und verwies auf die darin verankerten sozialen Grundrechte.

Unzufrieden ist Van der Bellen mit der Informationspolitik der Regierung: "Ja, die war miserabel." Im Übrigen nützte der Grünen-Parteichef seine live im Fernsehen übertragene Rede zur neuerlichen Kritik an der ORF-Führung. Van der Bellen, ohne Namen zu nennen: "Es mehren sich die Anzeichen, dass einzelne führende Manager des ORF - namentlich in Informations- und Nachrichtensendungen - nicht an journalistischen Qualitätskriterien orientiert sind, sondern an bestimmten einseitigen parteipolitischen Gesichtspunkten."

Auch Vizekanzler Hubert Gorbach hat die EU-Verfassung am Mittwoch im Nationalrat in den höchsten Tönen gelobt: Das Vertragswerk bringe ein "Hin zu mehr Demokratie", soziale Grundrechte und einen verbesserten Rechtsschutz der Bürger gegenüber Rechtsakten der Union. "Willkürlich und vertragswidrig" verhängte Sanktionen der EU gegen einzelne Mitgliedsländer würden durch die Verfassung verunmöglicht,

wie Gorbach mit Blick auf das Jahr 2000 meinte.

"Dass das auch ein Kompromiss ist, das ist klar", räumte der geschäftsführende BZÖ-Chef ein. Als Beispiel nannte Gorbach die Beibehaltung des Euratom-Vertrages. Dieser Punkt sei "nicht so gelungen wie wir alle uns das vorstellen". Österreichisches Ziel müsse weiterhin das schrittweise Auslaufen dieses Vertrages sein.

Außenministerin Ursula Plassnik sieht in der EU-Verfassung einen "ersten Erfolg der erweiterten EU". Sie werde für 450 Mio. Menschen gelten und ein "ganz konkretes Band der Gemeinsamkeit" schaffen und jeden einzelnen Europäer mit jedem anderen verbinden. Plassnik: "Diese Verfassung ist also nicht nur blau mit goldenen Sternen, sie ist auch rot-weiß-rot."

Zustimmung zum Dokument kam auch vom FPÖ-Abgeordneten Reinhard Bösch, der allerdings das Fehlen einer Volksabstimmung kritisierte.

Bösch unterstrich hingegen, dass die Freiheitlichen immer dafür eingetreten seien, dass am Ende des Prozesses zur Legitimierung der Verfassung ein Plebiszit stehen müsse - ob jetzt auf europäischer oder auf nationaler Ebene. Der Zug dafür sei auch noch nicht abgefahren. Den Entwurf an sich verteidigte der FPÖ-Mandatar als "deutliche Verbesserung zum Status quo". Die Verfassung sei notwendig, wenn die EU mit ihren 25 Mitgliedern funktionieren solle. Gleichzeitig plädierte Bösch dafür, der Vertiefung gegenüber der Erweiterung Vorrang zu geben.

Die stellvertretende Grünen-Chefin Eva Glawischnig hob die Bedeutung der Verfassung an sich hervor: "Das Gegenteil von einem Verfassungsstaat ist eine Diktatur." Positiv erwähnte sie die sozialen Grundrechte, das Recht auf Bildung, die positive Diskriminierung der Frau und die kollektiven Arbeitnehmer-Rechte. Freilich müsse man aber weiterkämpfen für ein ökologischeres, nachhaltigeres Europa, das zu der Friedensmacht auf der Welt werde. Derzeit gebe es mit der Verfassung aber nur diese eine Alternative.